

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

17. Wahlperiode

Enquete-Kommission 17/1 „Tourismus RLP“

13. Sitzung am 31.08.2018
– Öffentliche Sitzung –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 10:01 Uhr

Ende der Sitzung: 11:24 Uhr

Tagesordnung:

1. Beratung und Abstimmung über die Teile des Zwischenberichts (Berichtende Teile / Bewertungen und Empfehlungen der Fraktionen)
2. Verschiedenes

Ergebnis:

Beratung und Abstimmung erfolgt
(S. 3 – 13)

S. 14

Vors. Abg. Ellen Demuth eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Beratung und Abstimmung über die Teile des Zwischenberichts (Berichtende Teile / Bewertungen und Empfehlungen der Fraktionen)

Vors Abg. Ellen Demuth erläutert vorab, über die einzelnen Berichtsteile sei getrennt abzustimmen. Es werde zwischen Themenblöcken und den Verfassern, also rein berichtenden Teilen, erstellt durch die Landtagsverwaltung, und politischen Stellungnahmen und Empfehlungen der Fraktionen unterschieden. Grundlage des Abstimmungsvorgangs sei der Entwurf der Gliederung des Zwischenberichts – Vorlage EK 17/1-86 –, über den zuerst abzustimmen sei.

Abstimmungsberechtigt seien die Mitglieder der Fraktionen und die sachverständigen Mitglieder. Über abweichende Meinungen müsse nicht abgestimmt werden, da gemäß § 90 Abs. 6 Satz 2 GOLT jedes Mitglied seine abweichende Meinung darlegen könne, die im Bericht aufgeführt werde. Das bedeute, die als EK-Vorlagen vorliegenden Stellungnahmen und Empfehlungen der Fraktionen, welche in der heutigen Sitzung keine Mehrheit fänden, würden im Zwischenbericht im Abschnitt H – Abweichende Meinungen – aufgenommen.

Die Kommission nimmt Vorlage EK 17/1-86 als Gliederung des Zwischenberichts einstimmig an.

Bevor in die inhaltlichen Abstimmungen eingetreten werde, gebe es nun die Gelegenheit zu einer Aussprache über den Bericht insgesamt.

Staatssekretärin Daniela Schmitt führt aus, sie wolle die Gelegenheit nutzen, den Zwischenbericht zu würdigen. Seit ihrer Einsetzung im April 2017 habe sich die Enquete-Kommission in ihren Sitzungen unterschiedliche Themen vorgenommen. Es hätten unter anderem Expertenanhörungen, deren Auswertungen und zwei auswärtige Sitzungen stattgefunden. Die Kommission habe sich dem Thema Tourismus sehr engagiert angenommen.

Die jetzt vorliegende Zwischenbilanz zeige, in vielen Punkten habe eine Übereinstimmung erzielt, und es hätten zahlreiche ambitionierte Inhalte eingearbeitet werden können. Die Fraktionen sowie die Vertreter der Institutionen und Verbände hätten sich alle mit großer Verantwortung dem Thema Tourismus gestellt und seien die Zukunft des Tourismus engagiert angegangen.

Die Landesregierung danke allen Beteiligten für ihre Ideen, Anregungen und konstruktiven Vorschläge für die weitere Bearbeitung des Themas. Sie danke ebenso den Sachverständigen, Auskunftspersonen und mitberatenden Mitgliedern der Kommission, da sich nur mit ihrer Expertise mit den vielen Facetten des Themas so fundiert habe befasst werden können. Ferner sei der Landtagsverwaltung gedankt, die unter anderem die Sitzungsprotokolle und Zusammenfassungen verfasst habe.

Der vorliegende Zwischenbericht sei eine Pflichtlektüre für alle, die sich mit dem Thema Tourismus beschäftigten, egal auf welcher Ebene und in welcher Funktion. Die Landesregierung begreife ihn für sich aber auch als Pflichtenheft, mit dem sich das Wirtschaftsministerium in den nächsten Monaten weiter befassen werde. Es habe immer betont, die Erkenntnisse, die die Enquete-Kommission bringe, würden in der Erarbeitung der Tourismusstrategie 2025 des Landes berücksichtigt.

Die Landesregierung sehe der weiteren Arbeit der Enquete-Kommission mit Freude entgegen. Selten habe es in Rheinland-Pfalz eine Zeit gegeben, zu dem der Tourismus eine so große politische Aufmerksamkeit gehabt habe. In diesem Sinne sollten alle Kräfte gebündelt und für die Weiterentwicklung des Tourismus in Rheinland-Pfalz genutzt werden.

Abg. Nina Klinkel spricht für die SPD-Fraktion ihren Dank an die Experten, die Sachverständigen, die Landtagsverwaltung, die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen sowie die Landesregierung aus. Alle gemeinsam hätten deutlich gemacht, der Tourismus in Rheinland-Pfalz habe eine herausgehobene Stellung. Mit der Enquete-Kommission solle den besonderen Herausforderungen der Branche begegnet werden.

Die SPD-Fraktion sei sehr zufrieden mit dem vorliegenden Zwischenbericht. Ein besonderer Dank richte sich an die CDU-Fraktion und namentlich den Abgeordneten Licht, da es möglich gewesen sei, sich auf gute Kompromisse zu einigen. Gemeinsam habe man in Sachen Tourismus das Beste für das Land erreichen können.

Abg. Alexander Licht zufolge sei in der touristischen Entwicklung weltweit und auch in Rheinland-Pfalz ein sich fortsetzender Megatrend festzustellen: Eine wachsende Freizeitgesellschaft suche nach Qualität, nach Nischen, aber vor allem nach vernetzten Angeboten und immer moderneren Präsentationen. Darauf müssten sich die Branche, die Verbände und die steuernden politischen Strukturen einstellen.

Rheinland-Pfalz profitiere im Wachstumsmarkt Tourismus im Vergleich der Bundesländer leider nicht über-, sondern unterdurchschnittlich. Dies habe Ursachen und Wirkungen.

Die Enquete-Kommission habe Probleme und Chancen analysiert und diskutiert. Außergewöhnlich sei, dass es SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gelungen sei, bis auf den Punkt zur Anerkennung des Gastgewerbes als Saisonarbeitsbranche eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben.

Außergewöhnlich sei dies aber dann doch nicht, wenn man bedenke, dass zu den Themen eine rein sachorientierte Auseinandersetzung stattgefunden habe, wofür die CDU-Fraktion den regierungstragenden Fraktionen danke. Die gefundenen Kompromisse seien gut und spiegeln die konstruktive Zusammenarbeit wider.

Tourismus sei in Rheinland-Pfalz ein Megathema, was in der Vergangenheit nicht so deutlich geworden sei. Durch die Arbeit der Enquete-Kommission habe sich dies geändert. In diesem Zusammenhang richte sich auch ein Dank an die Landesregierung, weil sie die Präsentation der Tourismusstrategie 2025 mehrfach verschoben habe, um die Strategie gemeinsam mit der Enquete-Kommission zu erarbeiten. Mit der Fortsetzung ihrer Arbeit werde die Enquete-Kommission auch die Gelegenheit haben, zu prüfen, inwieweit die Landesregierung den im von ihr als Pflichtenheft begriffenen Zwischenbericht formulierten Punkten nachkomme.

Ein weiterer Dank richte sich an die Landtagsverwaltung, für die es nicht einfach gewesen sei und auch künftig nicht einfach sein werde, die Arbeit der Kommission zu dokumentieren.

Für eine Oppositionsfraktion sei es an dieser Stelle wichtig, deutlich zu machen, warum sie gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen auf dem Weg sei. Deshalb wolle er aus den gemeinsamen Stellungnahmen einige Sätze wörtlich zitieren. Sie fassten punktgenau Analysen, Ausblick und Forderungen zusammen.

In der gemeinsamen Stellungnahme heiße es unter anderem: „Die entscheidenden Kritikpunkte, die bei der neuen Tourismusstrategie 2025 verbessert werden müssen, sind zusammengefasst dabei: 1. Eine adäquate Finanzierung der Umsetzung der Tourismusstrategie 2025 muss das Ziel sein. 2. Es muss eine funktionierende und arbeitsfähige interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet werden. Die Enquete-Kommission wird darauf achten, dass die Empfehlungen der Evaluierung in der Fortschreibung der Tourismusstrategie Rheinland-Pfalz 2025 berücksichtigt werden. Die Enquete-Kommission unterstützt ausdrücklich die Zielsetzung einer fokussierten Profilierung der touristischen Angebote. Dabei wird die Konzentration auf TOP-Leistungen, -Produkte und -Angebote, sowohl von öffentlichen wie privaten Anbietern zur Profilierung des touristischen Angebotes des Landes ausdrücklich begrüßt. (...) Insgesamt zeigt sich die Tourismusbranche als stabiler Wirtschaftsfaktor in Rheinland-Pfalz. Die Branche steht jedoch in Feldern der Digitalisierung, Betriebsnachfolge und Fachkräftebedarf vor großen Herausforderungen, die es mit einem nachhaltigen Konzept zu meistern gilt.“

Die CDU-Fraktion wünsche sich, auch nach der Vorstellung der Tourismusstrategie 2025 im Oktober und nach den Haushaltsberatungen mit den regierungstragenden Fraktionen in diesen Punkten noch einer Meinung sein zu können.

Ziel sei es, den Stellenwert der Tourismuspolitik deutlich zu stärken, eine ressortübergreifende Koordinierung der Förderpolitik zu schaffen, ein System von Indikatoren zur Messung von Nutzungseffekten im Tourismus einzurichten und kostenfreie WLAN-Hotspots an allen öffentlichen touristischen Attrakti-

**13. Sitzung der EK 17/1, „Tourismus RLP“ am 31.08.2018
– Öffentliche Sitzung –**

onen und Sehenswürdigkeiten eine Selbstverständlichkeit werden zu lassen. Auch solle der flächendeckende Ausbau des schnellen Internets noch stärker umgesetzt werden. Ein weiteres Ziel sei es, die rheinland-pfälzischen Hochschulen in die digitale Entwicklung einzubinden.

In der gemeinsamen Stellungnahme sei treffend formuliert: „Investitionen in den Tourismus zahlen sich gleich mehrfach aus. Die Wertschöpfung für die örtliche Wirtschaft, das ansässige Gastgewerbe sowie die Steigerung der Lebensqualität vor Ort ist oftmals um ein Vielfaches höher als die tatsächliche Höhe der verausgabten Mittel.“

Das sollte in der Beurteilung von freiwilligen Leistungen der Kommunen durch die Kommunalaufsicht stärker Berücksichtigung finden. Es handle sich um ein bedeutendes Thema. Zur Refinanzierung der Kommunen im Zusammenhang mit dem Tourismus könne nur der Hinweis wichtig sein, dass zweckgebundene Beiträge gegenüber einer zweckgebundenen Bettensteuer das bessere Instrument seien. – Auch dies sei ein Ergebnis der gemeinsam geführten Debatte. Komme es hier auch noch zu einer breiteren Einbindung, werde es auch erfolgreich sein.

Private Investitionen sollten stärker berücksichtigt werden. Durch Prüfung solle sichergestellt werden, dass es nicht zu beihilferechtlichen Risiken komme. Es werde eine Neuausrichtung und Anpassung der bestehenden Förderinstrumente empfohlen. Vorhandene Finanzierungsmittel sollten zielgerichtet gebündelt werden.

Es werde eine bessere finanzielle Ausstattung der Tourismusstrategie 2025 erwartet. Im Zwischenbericht heiße es dazu: „Die Enquete-Kommission befürwortet eine bessere finanzielle Ausstattung, um die Schwerpunkte der neuen Tourismusstrategie 2025 angemessen durch Förderungen begleiten und eine Markenentwicklung beauftragen zu können.“

Damit werde auch die Forderung nach einer Markenentwicklung betont. Ob dies unter dem allgemeinen Begriff „Dachmarke“ oder „Wirtschaftsmarke“ erfolge, sollte zweitrangig sein, wenn die Einbindung gesamtwirtschaftlicher Aspekte berücksichtigt werde.

Die Herausforderungen des Gastgewerbes hätten in den Anhörungen zwangsläufig einen breiten Raum eingenommen; auch der Zwischenbericht werde die Diskussion dieser Herausforderungen nicht beenden können. Die gemeinsame Stellungnahme formuliere hierzu: „Von der insgesamt positiven Entwicklung des Tourismus profitiert das rheinland-pfälzische Gastgewerbe nicht flächendeckend. Insbesondere wirkt der aktuelle Wachstumstreiber Städtetourismus nicht in den ländlichen Raum hinein.[.] Dort, im ländlichen Raum, ist das Gastgewerbe von branchentypischen Problemen besonders betroffen, so zum Beispiel dem Mangel an Fachkräften, Modernisierungs- und Investitionsstaus sowie behördlichen Auflagen, die für die Unternehmen mitunter eine Belastung darstellen. Hinzu kommt die in Rheinland-Pfalz verbreitete kleinteilige Betriebsstruktur.“

Hierbei handle es sich um wichtige gemeinsame Feststellungen, aus denen Forderungen resultierten. Viele Einzelaspekte gelte es nun in Angriff zu nehmen. Nur mit einer gemeinsamen Anstrengung könne die Situation verbessert werden.

Um die Attraktivität des Berufs zu steigern, solle eine Vielzahl von Akzenten gesetzt werden. Bei Betriebsübergaben an den Nachfolger sollten die betrieblichen Belastungen gesenkt werden. Gefordert werde die Prüfung einzelbetrieblicher Förderungen zur Erleichterung von Unternehmensübergängen und Betriebsweiterungen und nachhaltiger Modernisierung.

Des Weiteren empfehle die Enquete-Kommission, „zeitnah eine ressortübergreifende Überprüfung jener Regulierungen durchzuführen, die von der Branche als Hemmnisse empfunden werden, um eventuelle Potenziale für einen Abbau von Bürokratie darzulegen“.

Ergänzend hierzu empfehle die CDU-Fraktion zur Öffnung als Saisonarbeitsbranche Folgendes: „Die vorgeschlagene Anerkennung von Hotellerie und Gastronomie als Saisonarbeitsbranche in RLP ist ein wichtiges Instrument/Baustein für die Stärkung der Tourismusbranche in RLP.“ Leider seien die Fraktionen hier noch nicht gemeinsam auf dem Weg. Die CDU-Fraktion halte dies für einen wichtigen Punkt, der weiter diskutiert werden müsse.

Weiter heiÙe es in der abweichenden Meinung der CDU-Fraktion: „Im Grundsatz ist die Anerkennung der Gastgewerbebranche als Saisonarbeitsbranche in RLP notwendig; denn auf diese Weise wird den Beschäftigten eine durchgängige Beschäftigung im Betrieb ermöglicht. Die durchgängige/dauerhafte Beschäftigung eines Mitarbeiters wiederum ist ein starkes und wirkungsvolles Instrument für die Qualifizierung von Arbeitskräften.“

Andere Bundesländer verstärkten im Bereich des Tourismus ihre Haushaltsmittel massiv. Die CDU-Fraktion werde die diesbezügliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz weiter verfolgen. Sie sei aber alleine schon dadurch positiv gestimmt, dass die Staatssekretärin das, was die Fraktionen im Zwischenbericht niedergeschrieben hätten, als Pflichtenheft mitnehmen wolle.

Abg. Martin Louis Schmidt schließt sich dem Dank an die Landtagsverwaltung uneingeschränkt an. Was sie im Zusammenhang mit der Enquete-Kommission zu leisten habe, sei bemerkenswert, und es handle sich um eine Herkulesaufgabe.

Trotz der Tatsache, dass er eher ein Mensch der leisen Töne sei, müsse er heute deutliche Kritik üben und etwas Wasser in den Wein gieÙen. Seine Kritik sei weniger inhaltlicher, sondern mehr methodischer Art.

Allen seien noch die (Nicht-)Ergebnisse der letzten Enquete-Kommission zum Thema Bürgerbeteiligung erinnerlich. Diese Kommission sei weitgehend im Sande verlaufen. In der aktuellen Enquete-Kommission seien sich die Beteiligten in vielen Dingen einig, die den Grundgedanken der bestmöglichen Förderung des Tourismus in Rheinland-Pfalz beträfen, und es hätten viele sehr tiefgehende, gute und konstruktive Diskussionen stattgefunden.

Die AfD-Fraktion hätte es sich aber mit Blick auf den Zwischenbericht Positionierungen der fünf beteiligten Fraktionen gewünscht, und nicht ein gemeinsames Papier von vier Fraktionen und ein alternatives Papier. Einzelne Papiere hätten zu profilierten Positionen geführt, zumal es im Detail und auch wichtige Punkte betreffend sehr wohl Unterschiede in den Positionen der Fraktionen gebe. Dies werde zum Beispiel an der Ergänzung der CDU-Fraktion zur Saisonarbeit deutlich. In diesem Punkt werde konkret etwas gefordert, worüber sich diskutieren lasse. Wenn man sich aber in ein Boot setze und gemeinsam zu rudern versuche, obwohl jeder einen anderen Ruderschlag habe, komme nicht wirklich etwas dabei heraus, was dazu führe, dass viele Dinge vage blieben.

In den gemeinsamen Stellungnahmen sei vieles sehr allgemein formuliert. Es handle sich um einen Minimalkonsens. Dazu komme es, wenn sich die Beteiligten auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner einigen müssten. Im Falle profilierter Einzelpositionen würde man besser inhaltlich diskutieren können. – Das sei die wesentliche Kritik der AfD-Fraktion; die Inhalte betreffend habe sie ihre Positionen bereits dargestellt.

Die AfD-Fraktion störe es ebenfalls, dass im Obleutegespräch Vorgaben zur Länge der Stellungnahmen gemacht worden seien; man habe sich auf zwei bis drei Seiten pro Kapitel geeinigt. Sich darauf zu beschränken, sei schwierig, aber die AfD-Fraktion habe die Vorgabe gerade so eingehalten. Das gemeinsame Papier der anderen Fraktionen sei hingegen deutlich zu lang, was neben anderem auch die Lesbarkeit einschränke. Es sei erkennbar ein Baukastensystem. Ein Beispiel dafür seien die Zeilen 103 bis 111; sie enthielten Passagen mit Wiederholungen. Das Papier der Koalitionsfraktionen und der CDU sei mit heißer Nadel gestrickt und viel zu lang; die Fraktionen hätten sich an die Vorgaben halten sollen.

Auch der Abgabetermin sei von den anderen Fraktionen nicht eingehalten worden. Lediglich die AfD-Fraktion habe ihr Papier termingerecht zum 9. August 2018 fertiggestellt. Vorgaben würden gemacht, um sie dann auch einzuhalten. Die AfD-Fraktion habe sich bemüht, dem nachzukommen.

Die AfD-Fraktion stehe in der Enquete-Kommission auch weiterhin für konstruktive Diskussionen zur Verfügung. Sie habe sich bislang daran erfreut, dass die Kommission sehr gut und sehr fachlich gearbeitet habe, und sie wünsche sich das auch für die Zukunft. Sie bitte darum zu überdenken, ob es sich bei dem Zwischenbericht tatsächlich um das Meisterstück handle, als welches er bezeichnet werde.

Abg. Steven Wink rekapituliert, in den vergangenen Monaten habe die Enquete-Kommission viele Anhörverfahren durchgeführt sowie zahlreiche Gespräche mit den beratenden Mitgliedern und Sachverständigen geführt. Viele Sichtweisen seien dargelegt worden; er persönlich habe viel dazugelernt.

Aus dieser Arbeit der Kommission sei nun der Zwischenbericht erwachsen, welcher den Status quo im rheinland-pfälzischen Tourismus zum Ausgang genommen habe, wie er von der Landesregierung zu Beginn berichtet worden sei.

Der Zwischenbericht spreche viele öffentlich interessante und medial wirksame Themen an. Ein Beispiel sei das Gastgewerbe. Die Kommission sei der Auffassung, das Ansehen des Gastgewerbes müsse ein Teil der Wertschöpfungskette sein; ganz klar fordere sie in dem Bericht dazu auf, die Aus-, Fort- und Weiterbildung zu stärken. Gleiches gelte für die Stärkung der beruflichen Ausbildung und das Überprüfen der Förderinstrumente.

Auch das Thema Digitalisierung werde öffentlich sehr wahrgenommen und sei von allgemeinem Interesse. Die auf den Tourismus bezogene Frage laute hier, was getan werde, damit Menschen in kurzer Zeit möglichst viel erleben könnten – Stichwort „Virtual Reality“ –, Touristen Touren planen und Hotels und Gastronomie gefunden werden könnten. Es gelte, das Know-how zu verbessern und Content zu schaffen, damit auch Touristen vom Ausland aus Angebote nutzen könnten.

Die FDP-Fraktion halte den Zwischenbericht für ein gelungenes Dokument, das die Tourismusstrategie der Landesregierung gut begleiten könne. Die von der AfD-Fraktion geäußerte Kritik an der gemeinsamen Linie der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion sei für sie nicht in vollem Umfang nachvollziehbar. Selbst wenn jede Fraktion ein eigenes Papier geschrieben hätte, wäre es in der parlamentarischen Umsetzung doch nötig gewesen, einen Kompromiss zu schließen, um gemeinsam etwas umzusetzen.

Die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion hätten miteinander gesprochen und gestritten; als Ergebnis liege nun ein sehr gutes Papier vor, das viele Punkte beinhalte, die von den Anzuhörenden, beratenden Mitgliedern und Sachverständigen angeführt worden seien. Ab jetzt werde mit der Umsetzung begonnen.

Die FDP-Fraktion danke der Landesregierung, den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, den Sachverständigen und beratenden Mitgliedern, die alle viel Zeit geopfert hätten, den Referenten und der Landtagsverwaltung. Mit dem vorgelegten Bericht werde zukunftsweisend gearbeitet werden können.

Auch **Abg. Jutta Blatzheim-Roegler** bringt den Dank ihrer Fraktion zum Ausdruck, insbesondere für die gute Zusammenarbeit in der Kommission und die gute Unterstützung durch die Landtagsverwaltung, die immer ein offenes Ohr gehabt und viel Zeit in die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen investiert habe.

Die Fraktion des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN freue sich darüber, dass es gelungen sei, für den Zwischenbericht eine gemeinsame Stellungnahme der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion zu erarbeiten. Sie bezweifle, dass es für die weitere Arbeit der Kommission förderlich gewesen wäre, wenn jede Fraktion einzeln Stellung genommen hätte. Eine Enquete-Kommission sollte an die Landesregierung gerichtete Handlungsempfehlungen möglichst geschlossen formulieren. Im Zwischenbericht sei es gelungen, für die wesentlichen Felder solche Empfehlungen zu formulieren. Insofern bedanke sich die Fraktion des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion und den anderen Fraktionen dafür, dass dies nach zahlreichen Gesprächen möglich gewesen sei.

Die wichtigsten Punkte, die erarbeitet worden seien, hätten ihre Vorredner bereits genannt, weshalb sie sie nicht wiederholen wolle. Zu betonen sei, dass es sich um einen Zwischenbericht handle; mit weiteren wichtigen Aspekten wie der lokalen Wertschöpfung, die den Tourismus in den ländlichen Räumen fördern könnten, werde sich die Kommission noch befassen. In der Medienberichterstattung sei zum Teil der Eindruck erweckt worden, mit dem in Rede stehenden Bericht sei die Arbeit der Kommission beendet. Dies sei natürlich nicht der Fall, und es gebe noch viel zu tun.

Die Grünen freuten sich besonders darüber, dass es gelungen sei, in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, welcher, auch wirtschaftlich wichtiger Faktor der Tourismus für Rheinland-Pfalz darstelle. Das hätten sie in den vergangenen beiden Jahren zwar auch schon in Plenardebatten und in Anträgen betont, aber durch die Einsetzung der Enquete-Kommission sei dieser Aspekt noch einmal stärker in den Fokus gerückt worden.

Die Kommission habe bislang sehr von den ständigen Experten profitiert, denen an dieser Stelle ausdrücklich gedankt werde. Auch die zum Teil sehr differenzierten und tiefgehenden Anhörungen seien zu nennen. – Die Grünen bedauerten es sehr, dass Werner Klöckner vom Tourismus- und Heilbäderverband nicht mehr Teil der Kommission sei, aber die Gesundheit gehe vor.

Die Arbeit der Enquete-Kommission beweise, der Tourismus sei ein Segment, das in Rheinland-Pfalz viele verschiedene Akteure beschäftige. Das Ziel der Kommission müsse es sein, in der verbleibenden Zeit noch die weiteren Themen zu bearbeiten, damit am Ende Ergebnisse vorlägen, die von einer breiten Mehrheit getragen würden. Nur so werde die eine oder andere Schwierigkeit in der Umsetzung zu meistern sein.

Manfred Schnur (Mitglied des Landkreistags) nimmt für die drei kommunalen Spitzenverbände und auch für die Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH Stellung, da deren Geschäftsführer, Stefan Zindler, heute nicht zugegen sein könne.

Mehr als ein Jahr Arbeit mit zehn Arbeitssitzungen habe nun zu einem rund 20-seitigen Dokument „Stellungnahmen und Empfehlungen der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ geführt. Es zähle aber weniger die Zahl Seiten als jene der Feststellungen und Ergebnisse, die in den Zwischenbericht Eingang gefunden hätten.

Im Namen der Organisationen, für die er heute spreche, bedanke er sich dafür, in die Enquete-Kommission eingebunden zu sein und sich als beratende Mitglieder auch einbringen zu können. Dies sei nicht zuletzt auch ein Zeichen für die Gemeinsamkeit, mit der man sich mit dem Thema befasse.

Ein Dank richte sich auch an das Wirtschaftsministerium, namentlich an Staatssekretärin Schmitt. Wie für die ehrenamtlich tätigen beratenden Mitglieder der Kommission, die in ihr zusätzlich zu ihrem Beruf arbeiteten, sei die Enquete-Kommission auch für die hauptamtlich Tätigen eine große Herausforderung.

Die Kommunen als Träger der Aufgabe Tourismus stellten erstens sehr positiv fest, dass mit der Enquete-Kommission das Thema Tourismus in einen neuen Fokus gerückt sei, und dass dessen Bedeutung, Querschnittsfunktion, aber auch Aufgabenstellung neu bewertet und gewichtet würden.

Wie es die Abgeordnete Blatzheim-Roegler bereits gesagt habe, werde das Thema nun auch öffentlich anders und mehr wahrgenommen. Dies werde ihm zugutekommen und die Arbeit der Kommission zusätzlich befähigen, mit der die Kommunen Erwartungen und Hoffnungen verbänden.

Zweitens begrüßten es die Kommunen sehr, dass das Thema Tourismus und die mit ihm verbundenen Herausforderungen in der Kommission in einem großen politischen Konsens diskutiert würden. Dies sei ein gutes Zeichen und lasse für die Zukunft hoffen.

Drittens hätten die Kommunen realistische Erwartungen an die Arbeit der Enquete-Kommission gehabt. In Anbetracht des Zwischenberichts lasse sich sagen, diese Erwartungen seien, wenn auch nicht übertroffen – was sich erst am Gesamtergebnis der Kommissionsarbeit zeigen werde –, so doch erfüllt worden. Der Zwischenbericht sei eine gute Grundlage für das, was noch kommen werde.

Die Kommunen teilten die Auffassung der Staatssekretärin, dass es sich bei dem Bericht um ein Pflichtenheft handle; dies bedeute aber auch, dass er ein Arbeitsheft sei. Der Bericht richte sich nicht nur an die Landesregierung, sondern auch an diejenigen, die vor Ort die Arbeit zu leisten hätten, weshalb er auch ein Pflichtenheft für die Kommunen sei. Sie wollten sich dieser Aufgabe stellen und wüssten, dass sie damit neue Herausforderungen zu meistern hätten.

Der Tourismus sei für die Kommunen eine Aufgabe der Zukunft, eine strukturpolitische Herausforderung, aber auch – was es besonders zu betonen gelte – Chance.

Die Kommunen würden ihren Beitrag als freiwillige Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung leisten. Sie wüssten aber auch, dass es einer landes- und bundespolitischen Partnerschaft und Unterstützung bedürfe, zugleich aber auch des notwendigen Freiraums, damit die Kommunen diese Aufgabe entsprechend ihrer Aufgabenstellungen – auch mit Blick auf ihre kommunalpolitischen Aufgaben – erfolgreich erfüllen könnten.

Die Kommunen seien davon überzeugt, dass Tourismus für sie bereits eine Leitökonomie darstelle. Deshalb freuten sie sich darüber, dass im Zwischenbericht festgestellt werde, der Tourismus sei die „Schlüsselbranche des 21. Jahrhunderts“.

Die Kommunen wüssten aber ebenso, dass es sowohl für das Benchmarking als insbesondere auch für die Erfolgskontrolle des eigenen Handelns Indikatoren und Messinstrumente bedürfe. Auf dem Weg zur gemeinsamen Zielerfüllung sei es sehr wichtig, fortwährend das Handeln überprüfen und bewerten zu können.

Die Digitalisierung sei das Instrument der Zukunft. Die digitale Erschließung der gewerblichen Betriebe sei nötig. Außerdem täten die digitale Erschließung der öffentlichen Einrichtungen und vor allem auch der Touristeninformationen vor Ort Not. Dazu brauche es geeignete Programme, und die Menschen, die vor Ort arbeiteten, müssten über digitale Kompetenzen verfügen.

Darüber hinaus bräuchten die Kommunen Rechtssicherheit und Rechtsvereinfachung. Ferner benötigten sie Sicherheit in Sachen Wettbewerb, Beihilfen, Zuwendungen und Organisationsformen. Die Kommunen wünschten sich einfache Förderinstrumente und dass die Mittel auf Leuchtturmprojekte konzentriert würden, um die Voraussetzungen für den Aufbau entsprechender Einrichtungen zu schaffen.

Schließlich werde eine Marke benötigt, sowohl für den Markt als auch für die Identifikation mit dem Land Rheinland-Pfalz. Diese Marke dürfe nicht nur nach außen, sondern müsse nach innen wirken; es müsse eine Marke sein, hinter der sich alle Akteure versammeln könnten. Rheinland-Pfalz setze sich aus starke Regionen zusammen. Standort und Wirtschaft des Landes leisteten bereits einen guten Beitrag zu einer Marke Rheinland-Pfalz.

Die Kommunen und die Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH würden sich auch weiterhin in die Arbeit der Enquete-Kommission einbringen und versuchen, ihren Beitrag zu leisten. Sie täten dies mit der Erwartung und Hoffnung, dass die Schlüsselbranche Tourismus mit ihrer Querschnittsfunktion und Struktur Aufgabe erfolgreich sein und sich zur Leitökonomie in Rheinland-Pfalz ausbilden werde.

Guido Orthen (Stellv. Vorsitzender des Tourismus- und Heilbäderverbands Rheinland-Pfalz e. V.) dankt der Kommission dafür, dass der Tourismus bislang nicht unter die parteipolitischen Räder gekommen sei. Er werte dies als ein starkes Zeichen für den Tourismus in Rheinland-Pfalz.

Den Dankesworten seiner Vorredner schließe er sich an; ein besonderes Dankeschön sei an die für Tourismus zuständigen Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium gerichtet, die zusätzlich zum Strategieprozess noch die Enquete-Kommission zu bewältigen hätten, wobei es sich um eine nicht geplante Doppelbelastung handle.

Der Tourismus sei eine strukturelle, vertikale Querschnittsaufgabe. Alle beteiligten staatlichen und kommunalen Ebenen seien dazu aufgerufen, sich für die Schlüsselbranche des 21. Jahrhunderts angemessen finanziell zu engagieren. Dies gelte zunächst für die Gemeinden, deren originäre Zuständigkeit betroffen sei. Freiwillige Leistungen ebenso wie die gesetzlichen Grundlagen des rheinland-pfälzischen Kommunalabgabengesetzes seien dazu geeignet, einen Finanzierungsbeitrag sicherzustellen.

Diese Möglichkeiten seiend im Rahmen der politischen Prioritätensetzung auszuschöpfen – auch von den Kommunen –, wenn Tourismusfinanzierung gelingen solle.

Der tourismusfördernde Beitrag der Landkreise sei nicht nur erwünscht, er sei vielmehr sowohl für das Unterstreichen der Tourismusbranche als Querschnittsaufgabe ebenso wie die Untermauerung der politischen Prioritätensetzung in Rheinland-Pfalz unabdingbar. Gleiches gelte selbstverständlich für das Land. Diese Verantwortung komme in den Empfehlungen der Enquete-Kommission qualitativ wie quantitativ deutlich zum Ausdruck.

In den Zeilen 417 bis 421 der Vorlage EK 17/1-85 – „Stellungnahmen und Empfehlungen der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ – heiße es: „Die Struktur des Tourismus in Rheinland-Pfalz ist nach Auffassung der Enquete-Kommission zu kleinteilig. Deshalb sieht die Enquete-Kommission die Chance, durch Konzentration und Bündelung eine effiziente Mittelverwendung zu erreichen.“ Der Tourismus- und Heilbäderverband Rheinland-Pfalz stimme dem uneingeschränkt zu. Allein die Analyse löse aber kein Problem. Eine gesetzgeberische Weichenstellung bleibe für den Tourismus- und Heilbäderverband auf der Tagesordnung.

Tourismus sei eine inhaltliche, in erster Linie horizontale Querschnittsaufgabe. Damit würden insbesondere die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interdependenzen der verschiedenen mit dem Tourismus verbundenen Bereiche in den Blick genommen, und nicht das Nebeneinander der verschiedenen Disziplinen und Politikbereiche. Erst das Erkennen, das Vernetzen und die Bündelung der Mittelverwendung und der Förderpraxis würden das Land tourismuspolitisch einen wesentlichen Schritt nach vorne bringen. Dazu seien in den Zeilen 422 bis 464 der „Stellungnahmen und Empfehlungen der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ die richtigen Weichenstellungen hinsichtlich Inhalt und Budget formuliert worden.

Der Zwischenbericht mache Mut, und Rheinland-Pfalz brauche Mut und weniger Wut. Der Tourismus- und Heilbäderverband freue sich auf einen strukturellen und inhaltlichen tourismuspolitischen „Mutausbuch“ in Rheinland-Pfalz.

Gereon Haumann (Präsident des DEHOGA Rheinland-Pfalz e. V.) bringt allen Anwesenden gegenüber den Dank des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes zum Ausdruck. Der DEHOGA Rheinland-Pfalz e. V. freue sich besonders darüber, dass es einen Zwischenbericht gebe, denn dieser sei keine Selbstverständlichkeit und eröffne die Chance, bereits vor dem Schlussbericht die Umsetzung der unstrittigen Maßnahmen anzugehen. Das sei eine große Leistung, die die Kommission insgesamt geschafft habe. Des Weiteren sei es überaus erfreulich, dass die Staatssekretärin den Zwischenbericht für ihr Haus als Pflichtenheft mitnehme, genauso wie es Manfred Schnur für die Kommunen angekündigt habe.

Die Bündelung der Kräfte – auch der politischen Kräfte – sei eine Grundvoraussetzung für eine rasche Umsetzung. Es sei dringend notwendig, dass Rheinland-Pfalz in der Wachstumsdynamik und den touristischen Kennziffern wieder auf Augenhöhe mit vergleichbaren westlichen Flächenländern komme und vielleicht auch wieder die Spitzengruppe der Wachstumsdynamik erreiche.

Erfreulich sei auch, dass sich niemand mit bloßem Wachstum zufrieden gebe und sich stattdessen alle Beteiligten für schnelleres Wachstum und die Verbesserung der Bedingungen im Gastgewerbe aussprächen, weil es sich um harte Standortfaktoren für die Menschen und Bürger handle, die dort wohnten, wo Tourismus stattfindet.

Die Position der Gastgeber in Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Finanzierung sei klar: Sie priorisierten freiwillige Lösungen. Gleichwohl sähen sie ihre Verantwortung und kämen ihr auch nach.

Mit den Neuerungen im Kommunalabgabengesetz könnten auch alle die Profiteure bei Tourismusabgaben mit zur Kasse gebeten werden, die im Falle einer reinen Branchensteuer wie der Bettensteuer nicht mit gefordert würden, das an Finanzen aufzubringen, was benötigt werde, um die öffentliche Tourismusinfrastruktur und die entsprechenden Einrichtungen vorzuhalten.

Erfreulicherweise seien die fünf von der DEHOGA genannten Punkte bis auf eine Ausnahme in die Empfehlungen der Enquete-Kommission aufgenommen worden. So seien zum Beispiel die Qualifizierung der Gastgeber – Mitarbeiter wie Unternehmer – betreffende Aspekte in den Empfehlungen ganz konkret niedergeschrieben worden. Aus der Sicht der DEHOGA fehle aber nach wie vor die Einführung eines Befähigungsnachweises.

Des Weiteren werde es begrüßt, dass der Bürokratieabbau wirklich überprüft werde, und zwar durch eine Arbeitsgruppe im Wirtschaftsministerium. Auch sei es gut, dass sich klar dazu bekannt werde, Unternehmensübergänge zu erleichtern, indem geprüft werde, inwieweit es gelingen könne, weg von der Stichtagsbetrachtung und hin zu einem zeitlichen Korridor zu kommen.

Ferner solle das geforderte einzelbetriebliche Förderprogramm geprüft werden, und zusätzlich soll geprüft werden, wie bestehende Förderprogramme effizienter vom Gastgewerbe genutzt werden könnten. Alles das freue den DEHOGA Rheinland-Pfalz e. V.

Leider nicht berücksichtigt worden sei der Wunsch nach ganzjähriger Beschäftigung und Anerkennung der Branche als Saisonarbeitsbranche. In diesem Bereich werde das Gastgewerbe noch Überzeugungsarbeit leisten müssen und in den kommenden Wochen weiter das Gespräch mit den regierungs-tragenden Fraktionen suchen.

Er sei davon überzeugt, das größte Beschäftigungshemmnis sei nach wie vor die saisonbedingte Winterarbeitslosigkeit. Würde es – mit welchem Instrument auch immer – gelingen, die saisonbedingte Winterarbeitslosigkeit zu verhindern und eine ganzjährige Beschäftigung trotz starker saisonaler Nachfragen zu erreichen, wäre auch etwas für die Imageverbesserung getan.

Trotz dieses Punktes sei die Situation des Gastgewerbes an sehr vielen Stellen des Zwischenberichts treffend beschrieben, worüber sich der DEHOGA Rheinland-Pfalz e. V. freue.

Es sei zu begrüßen, dass die CDU-Fraktion die Anerkennung von Hotellerie und Gastronomie als Saisonarbeitsbranche als ergänzende Empfehlung mit in den Zwischenbericht aufgenommen habe. Der DEHOGA Rheinland-Pfalz e. v. werde die anderen Fraktionen weiter davon zu überzeugen suchen, dass die Sommerüberstunde das beste Instrument gegen die Winterarbeitslosigkeit sei.

Ulf Hangert (Vorsitzender des Arbeitskreises „Tourismus“ des Gemeinde- und Städtebunds Rheinland-Pfalz) zufolge habe Manfred Schnur bereits deutlich gemacht, wie sehr die Kommunen den gemeinsamen Zwischenbericht der Enquete-Kommission begrüßten. Im Folgenden wolle er in Ergänzung dessen, was seine Vorredner vorgetragen hätten, einen bestimmten Aspekt des Zwischenberichts noch einmal besonders hervorheben.

Es handle sich um die Schutzverordnungen im Außenbereich, also um baurechtliche Aspekte. Natürlich beträfen diese auch das Bundesbaurecht, wenn über Privilegierung und Außenbereiche gesprochen werde. Gerade auch die jüngste Novellierung des Baugesetzbuchs habe einige Veränderungen in die richtige Richtung gebracht. Es gebe aber auch Schutzverordnungen auf anderen Ebenen; als Beispiel sei an dieser Stelle die Moseltal-Schutzverordnung genannt.

Der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz würde es sehr begrüßen, wenn die Landesregierung prüfte, ob und wie es zu einer gewissen Öffnung im Außenbereich auch das Wohnen betreffend kommen könnte. Ausdrücklich sei betont, dass es hierbei nicht um eine generelle Freigabe von Wohnbauung im Außenbereich gehen könne. Überall dort jedoch, wo private Investitionen zu einer maßgeblichen Weiterentwicklung bestehender Strukturen führten oder die großen Investitionen in touristische Infrastruktur wie zum Beispiel Fahrrad- und Wanderwege weiter wesentlich aufgewertet werden könnten, sollte es möglich sein, eng gefasste Regelungen zu öffnen.

Dies sei die konkrete Bitte des Gemeinde- und Städtebunds. Zum Beispiel gebe es in Bernkastel-Kues eine Jugendherberge, in der große Investitionen, auch im Rahmen einer Erweiterung, anstünden. Restriktionen sowohl hinsichtlich des Außenbereichs als auch der Moseltal-Schutzverordnung erschweren diese Investitionen grundlegend. Hier wäre es sinnvoll, wenn es Möglichkeiten der Öffnung gäbe.

Albrecht Ehse (Tourismus- und weinpolitischer Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Industrie und Handelskammern Rheinland-Pfalz) dankt dafür, dass die Industrie- und Handelskammern in der Kommission mitwirken dürften, und für die konstruktiven Diskussionen, die miteinander geführt würden. Der Zwischenbericht sei ein starkes Papier, das die Bedeutung des Tourismus als Schlüsselbranche für Rheinland-Pfalz deutlich mache; auch habe die Arbeit der Kommission dazu geführt, dass die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern das Thema bei der Erstellung ihres eigenen tourismuspolitischen Papiers sehr viel stärker als ein branchenübergreifendes Thema wahrgenommen habe und es in den Vollversammlungen auch als ein solches diskutiert worden sei. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Im Arbeitskreis „Tourismus“ der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern sei darüber diskutiert worden – ein Dank gehe an die Obleute –, und die Industrie- und Handelskammern hätten deutlich machen können, welche Rolle sie in diesem ganzen Prozess spielen könnten.

Sehr zu begrüßen sei es, dass es gelungen sei, das Papier weitestgehend fraktionsübergreifend vorzulegen. Hierbei handle es sich um ein sehr gutes Zeichen für die weitere politische Diskussion und Weiterentwicklung der Inhalte. Ferner sei es gut gewesen, sehr früh die Arbeit der Landesregierung an der Tourismusstrategie 2025 mit den Diskussionen in der Enquete-Kommission zu verzahnen. Auch dies werde sich auf die künftige Entwicklung positiv auswirken.

Der Zwischenbericht stelle dar, dass der Tourismus nicht als eigene Branche isoliert zu betrachten sei, sondern deutlich weiter gefasst und branchenübergreifend gedacht werden müsse. Es gelte, ihn ressortübergreifend weiterzuentwickeln und die gesamtwirtschaftlichen Aspekte mitzudenken. Für die Industrie- und Handelskammern sei dies in ihrer Argumentation stets sehr wichtig.

Die Herausforderungen des Gastgewerbes würden in dem Zwischenbericht sehr ausführlich angesprochen. Auch an dieser Stelle sei noch einmal dafür gedankt, dass die Industrie- und Handelskammern in der Anhörung ihre Position hätten darlegen dürfen.

An einer Stelle des Zwischenberichts werde jedoch um eine Richtigstellung gebeten. In Vorlage EK 17/1-85-neu neu heiße es in den Zeilen 605 bis 608: „Die Enquete-Kommission empfiehlt den Industrie- und Handelskammern, einheitliche Standards zur Qualitätssicherung der Ausbildung in den Betrieben zu entwickeln, z. B. in Bezug auf die Qualifizierung der Ausbilder und den Umgang mit Qualitätsproblemen.“

Es gebe bereits einheitliche Standards zur Qualitätssicherung, die auf Bundesebene festgelegt seien, weshalb sie nicht entwickelt, sondern weiterentwickelt werden müssten. Die entsprechend angepasste Formulierung würde lauten: Die Enquete-Kommission empfiehlt den Industrie- und Handelskammern, die einheitlichen Standards zur Qualitätssicherung der Ausbildung in den Betrieben weiterzuentwickeln, zum Beispiel in Bezug auf Qualifizierungsangebote für Ausbilder und den Umgang mit Qualitätsproblemen. –

Auch bei Ausbildungsparametern und -kriterien gebe es bereits Standards, die erfüllt würden. Das Ganze sei zertifiziert, aber man könne darüber hinaus freiwillig immer mehr tun, und dazu könnten die Industrie- und Handelskammern auch gerne ihren Beitrag leisten.

Den weiteren Diskussionen und Gesprächen in der Kommission sehe er mit Freude entgegen. Die Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz seien gerne dazu bereit, sich weiter mit einzubringen.

Vors. Abg. Ellen Demuth weist darauf hin, dass Herr Ehses als beratender Teilnehmer weder abstimmungsberechtigt sei noch einen Vorschlag zur Abstimmung einbringen dürfe. Aus diesem Grund müsse die vorgeschlagene Formulierungsänderung später im Zuge der Abstimmung über den entsprechenden Abschnitt des Berichts noch einmal von einer Fraktion eingebracht werden.

Die Kommission nimmt Vorlage EK 17/1-74 als Abschnitt B. I. bis II. des Zwischenberichts einstimmig an.

Die Kommission nimmt Vorlage EK 17/1-87 als Abschnitt C. I. und II. des Zwischenberichts mit Mehrheit (SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung AfD) an.

Die Kommission nimmt Vorlage EK 17/1-85-neu Zeilen 4 bis 145 als Abschnitt C. III. des Zwischenberichts mit Mehrheit (SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung AfD) an.

Die Kommission lehnt Vorlage EK 17/1-84 Seiten 2 bis 5 als Abschnitt C. III. des Zwischenberichts mit Mehrheit (AfD gegen SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ab. Die Seiten werden in Abschnitt H – Abweichende Meinungen – aufgenommen.

Die Kommission nimmt Vorlage EK 17/1-89 als Abschnitt D. I. und II. des Zwischenberichts mit Mehrheit (SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung AfD) an.

Die Kommission nimmt Vorlage EK 17/1-85-neu Zeilen 146 bis 296 als Abschnitt D. III. mit Mehrheit (SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung AfD) an.

Die Kommission lehnt Vorlage EK 17/1-84 Seiten 6 bis 9 als Abschnitt D. III. mit Mehrheit (AfD gegen SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ab. Die Seiten werden in Abschnitt H – Abweichende Meinungen – aufgenommen.

Die Kommission nimmt Vorlage EK 17/1-72 als Abschnitt E. I. und II. des Zwischenberichts mit Mehrheit (SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung AfD) an.

Die Kommission nimmt Vorlage EK 17/1-85-neu Zeilen 298 bis 464 als Abschnitt E. III. des Zwischenberichts mit Mehrheit (SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung AfD) an.

Die Kommission lehnt Vorlage EK 17/1-84 Seiten 9 bis 10 als Abschnitt E. III. des Zwischenberichts mit Mehrheit (AfD gegen SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ab. Die Seiten werden in Abschnitt H – Abweichende Meinungen – aufgenommen.

Die Kommission nimmt Vorlage EK 17/1-73 als Abschnitt F. I. und II. des Zwischenberichts mit Mehrheit (SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung AfD) an.

Die Fraktionen der SPD, CDU, FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen, die Zeilen 605 bis 608 der Vorlage EK 17/1-85-neu wie folgt zu ändern: „Die Enquete-Kommission empfiehlt den Industrie- und Handelskammern, die einheitlichen Standards zur Qualitätssicherung der Ausbildung in den Betrieben weiterzuentwickeln, z. B. in Bezug auf die Qualifizierungsangebote für Ausbilder und den Umgang mit Qualitätsproblemen.“ Die Kommission nimmt die Änderung einstimmig an.

Die Kommission nimmt Vorlage EK 17/1-85-neu Zeilen 466 bis 632 mit vorstehender Änderung als Abschnitt F. III. des Zwischenberichts mit Mehrheit (SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung AfD) an.

Die Kommission lehnt Vorlage EK 17/1-85-neu Zeilen 633 bis 640 als Abschnitt F. III. des Zwischenberichts mit Mehrheit (CDU, AfD gegen SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ab. Die Zeilen werden in Abschnitt H – Abweichende Meinungen – aufgenommen.

Die Kommission lehnt Vorlage EK 17/1-84 Seiten 10 bis 14 als Abschnitt F. III. des Zwischenberichts mit Mehrheit (AfD gegen SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ab. Die Seiten werden in Abschnitt H – Abweichende Meinungen – aufgenommen.

Die Kommission nimmt Vorlage EK 17/1-71 als Abschnitt G. I. und II. des Zwischenberichts mit Mehrheit (SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung AfD) an.

13. Sitzung der EK 17/1,, Tourismus RLP“ am 31.08.2018
– Öffentliche Sitzung –

Die Kommission nimmt Vorlage EK 17/1-85-neu Zeilen 644 bis 732 als Abschnitt G. III. des Zwischenberichts mit Mehrheit (SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung AfD) an.

Die Kommission lehnt Vorlage EK 17/1-84 Seiten 14 bis 19 als Abschnitt G. III. des Zwischenberichts mit Mehrheit (AfD gegen SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ab. Die Seiten werden in Abschnitt H – Abweichende Meinungen – aufgenommen.

Die Kommission nimmt Vorlage EK 17/1-90 als Anlage 1 des Zwischenberichts einstimmig an.

Die Kommission nimmt den Inhalt der Vorlage EK 17/1-88 als Anlagen 2 bis 6 des Zwischenberichts einstimmig an.

Die Kommission erteilt der Landtagsverwaltung eine Redaktionsvollmacht.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Vors Abg. Ellen Demuth teilt mit, zu diesem Punkt gebe es ihrerseits nichts zu besprechen, auch sehe sie keine Wortmeldungen im Saal.

Mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit schließt **Vors. Abg. Ellen Demuth** die Sitzung.

gez. Dr. Weichselbaum
Protokollführer

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Kazungu-Haß, Giorgina	SPD
Klinkel, Nina	SPD
Sippel, Heiko	SPD
Teuber, Sven	SPD
Winter, Fredi	SPD
Brandl, Martin	CDU
Demuth, Ellen	CDU
Licht, Alexander	CDU
Wieland, Gabriele	CDU
Schmidt, Martin Louis	AfD
Wink, Steven	FDP

Sachverständige:

Schwarz, Claudia	Rhein-Touristik Tal der Loreley e.V./ UNESCO Welterbestätten Deutschland e. V.
Moderer, August	AK Tourismus der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern, mainzplus CITYMARKETING GmbH
Schäfer, Klaus	Eifel Tourismus GmbH
Dostal, Michael	Vielpfalz Verlags- und Dienstleistungs-GmbH

Beratende Teilnehmer:

Orthen, Guido	Stellv. Vorsitzender des Tourismus- und Heilbäderverbands Rheinland-Pfalz e. V.
Haumann, Gereon	Präsident des DEHOGA Rheinland-Pfalz e. V.
Ehses, Albrecht	Tourismus- und weinpolitischer Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Industrie und Handelskammern Rheinland-Pfalz
Hangert, Ulf	Vorsitzender des Arbeitskreises „Tourismus“ des Gemeinde- und Städtebunds Rheinland-Pfalz
Mätzig, Michael	Referent Wirtschaft und Finanzen des Städtetags Rheinland-Pfalz
Schnur, Manfred	Mitglied des Landkreistags

Für die Landesregierung:

Schmitt, Daniela	Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
------------------	---

Landtagsverwaltung:

Schlenz, Christian	Amtsrat
Schmitt, Claudia	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung
Weichselbaum, Dr. Philipp	Mitarbeiter der Landtagsverwaltung (Protokollführer)